

„Es bedarf eines ganzen Dorfes, um ein Kind zu erziehen“

Interview mit Prof. Dr. Hans Jürgen Schimke, Bürgermeister der Gemeinde Laer

Stand: Oktober 2005

Die Gemeinde Laer hatte im Jahr 2002 die höchsten Geburtenraten in Nordrhein-Westfalen und ist durch ihre besonders guten Betreuungsangebote bundesweit und international bekannt geworden. Kinder- und Familienfreundlichkeit wird hier gelebt. Dafür setzt sich Prof. Dr. Hans Jürgen Schimke, seit 1999 Bürgermeister von Laer, kontinuierlich in Fachbeiträgen, Vorträgen und ganz praktisch in seiner Gemeinde ein. Er ist zudem Mitglied des Kinderschutzbundes des Landes Nordrhein-Westfalen.

Kinder- und Familienfreundlichkeit ist für Kommunen in Zeiten niedriger Geburtenraten besonders wichtig. Was macht diese aus Ihrer Sicht aus?

Zunächst ist festzuhalten, dass Kinder- und Familienfreundlichkeit zwei unterschiedliche Dinge sind: Die Gesellschaft stellt sich aus Sicht der Kinder anders dar als aus Sicht der Familien und Erwachsenen. Kommunen müssen sich diesen Unterschied vergegenwärtigen und dann klären, wie sie sich zum einen um Kinder und zum anderen um Eltern und Erziehung kümmern wollen. Kinderfreundlichkeit bedeutet dann, sich ganz bewusst um die Stärkung kinderfreundlicher Umwelten zu kümmern. Familienfreundlichkeit heißt, konkret auf die Bedürfnisse und Probleme der Eltern einzugehen. So können Kinder- und Familienfreundlichkeit durchaus auch im Widerspruch zueinander stehen.

Auf dem Weg zu einer kinder- und familienfreundlichen Kommune ist es wichtig, dass die kommunalen Akteure zunächst ganz klar ihre Ziele bestimmen. Eine diffuse Freundlichkeit nach dem Motto „Wir sind nett zu allen“ hilft nicht weiter. Das Wichtigste überhaupt ist, dass Kinder- und Familienpolitik als eine ernst gemeinte Interessenpolitik gesehen wird. Denn wenn Kommunen sich wirklich um ihre Kinder und Familien kümmern wollen, müssen sie sich auch spürbar für diese Zielgruppe einsetzen. Kinder- und Familienfreundlichkeit darf nicht nur kommunales Marketing sein.

Was empfehlen Sie den Kommunen, die sich auf den Weg machen, Kinder und Familien stärker in den Blick zu nehmen?

Ein Schlüsselbegriff liegt vor allem in einer wirklich ernst gemeinten Beteiligung. Konkret heißt das für mich, eine direkte Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien an Entscheidungsprozessen zu etablieren. In Laer beteiligen wir zum Beispiel Kinder und Jugendliche an der Dorfentwicklungsplanung, wir führen Kinder- und Jugendkonferenzen durch, und wir haben die Anliegen von Kindern und Jugendlichen als festen Tagesordnungspunkt in jeder Sitzung des Jugendausschusses. Es geht darum, ihre Partizipation stabil und verlässlich zu organisieren.

Das geht natürlich nicht immer problemlos: Es werden viele Diskussionen geführt, und auch Planungsprozesse verlängern sich. Das nehmen wir aber ganz bewusst in Kauf, denn wir erreichen damit, dass in unserer Gemeinde ein intensiver Dialog mit Kindern und Jugendlichen geführt wird. Wir nehmen sie ernst, wir kennen ihre Anliegen und wir richten unser Tun daran aus.

Ein klares Ziel zu formulieren ist ein zweiter zentraler Punkt. Ein klares Ziel ist zum Beispiel, das Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen zu verbessern. Wenn dies verfolgt werden soll, dann kommt es darauf an, ein gutes Angebot für diese Zielgruppe zu realisieren.

Die Praxis steht dem oft diametral entgegen. Jugendämter meinen, schon alles versucht zu haben, um besonders gute Angebote für die Vereinbarung von Familie und Beruf zu realisieren. Viele Einrichtungen wollen andere Öffnungszeiten nur bei besserer Bezahlung anbieten. Wie schafft es eine Kommune, hier neue Wege zu gehen?

Zunächst möchte ich betonen, dass wir hier aus meiner Sicht kein finanzielles Problem haben. Vielmehr fehlt uns ganz häufig ein zielorientiertes Denken. So denken wir z. B. oft in den Strukturen der einzelnen Träger und sind zu stark in Bürokratien verhaftet. Hinzu kommt, dass die Zusammenarbeit der Träger untereinander und mit den Jugendämtern häufig von Misstrauen geprägt ist, weil sie Konkurrenten um dieselben Ressourcen sind.

Hier kommt es darauf an, die Strukturen aufzubrechen und flexible Lösungen in dem vorhandenen finanziellen Rahmen zu finden. Konkret heißt das beispielsweise, innerhalb der Kindergärten für eine optimierte Betreuung zu einer neuen Aufgabenverteilung unter den Erzieherinnen und Erziehern zu kommen: Einige kümmern sich um die Integrationsarbeit, andere um die Nachmittagsbetreuung, wiederum andere um die vorschulische Bildung. Das alles ist erst mal ohne zusätzliche finanzielle Mittel möglich. Begleitet werden müssen diese Prozesse dann von Fortbildungsangeboten für das pädagogische Personal.

Meine Empfehlung ist, zunächst mit dem vorhandenen Geld und den Betreuungsplätzen ein tragfähiges und glaubwürdiges Angebot zu entwickeln, das sukzessive ausgebaut wird, und einfach anzufangen. Beginnen könnte man mit der Gruppe der unter Dreijährigen. Zu Frankreich und Skandinavien, wo ein geschlossenes Betreuungsangebot für alle Altersklassen Standard ist, gibt es nach wie vor große konzeptionelle Unterschiede. Solange wir aber hier in Deutschland die verkrusteten Strukturen nicht aufbrechen, werden wir von vergleichbaren Angeboten noch weit entfernt sein. Trotzdem schieben es viele deutsche Jugendämter so lange wie möglich hinaus, sich beispielsweise um die Betreuung der unter Dreijährigen zu kümmern. Aber sie lassen sich dabei quasi „auf der Flucht erwischen“, denn dass das Thema kommen wird, ist unausweichlich.

Darüber hinaus erlebe ich in der Praxis, dass Eltern, vielfach die Mütter, ihren Betreuungsbedarf nicht oder nicht vehement genug artikulieren. Häufig wird die Betreuung der Kinder durch eine Einrichtung hinausgeschoben. Das Bild von der „Rabenmutter“ sitzt in Deutschland noch immer in vielen Köpfen.

Mit den lokalen Bündnissen wird zurzeit vielerorts versucht, neue Angebote für Kinder und Familien zu schaffen. Was sind aus Ihrer Sicht Erfolgsfaktoren für ein lokales Bündnis?

Es ist wichtig, dass mit der Initiierung eines lokalen Bündnisses keine Doppelstrukturen zu den schon vorhandenen geschaffen werden. Vielmehr kommt es darauf an, möglichst schnell konkret zu werden. So können die lokalen Bündnisse etwa neue Qualitätsstandards mit den Trägern aushandeln. Und wenn sich das nicht realisieren lässt, ist es möglich, neue Träger zu gründen – das sieht das KJHG auch vor. Hier können dann Vertreter der Wirtschaft, Privatleute und auch Trägervertreter innovativ in neuen Konstellationen zusammenarbeiten. Auf keinen Fall darf es zu einer Überforderung der Ehrenamtlichen kommen.

Wie muss sich aus Ihrer Sicht der Staat in Sachen Kinder- und Familienfreundlichkeit positionieren? Wo sehen Sie wünschenswerte Entwicklungen?

Die Aktivitäten auf der kommunalen Ebene müssen von der Bundes- und Landespolitik unterstützt werden. So müssen die Verantwortlichkeiten für Bildung und Erziehung einheitlich auf der Bundesebene angesiedelt sein. Der Bund muss Bildungsstandards festlegen, die dann auf kommunaler Ebene – gerne auch kreativ und innovativ – umgesetzt werden. Aber an diesen Mindeststandards können und müssen sich die Kommunen dann orientieren. In diesem Sinne muss Kinder- und Familienfreundlichkeit eine gesamtstaatliche Aufgabe sein.

Das Interview führten Kerstin Schmidt und Carsten Große Starmann am 21. Oktober 2005 in der Gemeinde Laer.